

Die „Gießener Familienblätter“ werden dem „Anzeiger“ viermal wöchentlich beigelegt, das „Kreisblatt für den Kreis Gießen“ zweimal wöchentlich. Die „Landwirtschaftlichen Zeitfragen“ erscheinen monatlich zweimal.

Gießener Anzeiger

General-Anzeiger für Oberhessen

Rotationsdruck und Verlag der Verlagsbuchhandlung R. Lange, Gießen.

Schriftleitung, Geschäftsstelle u. Druckerei: Schulstraße 7, Geschäftsstelle u. Verlag: Schulstraße 12, Adresse für Postnachrichten: Anzeiger Gießen.

Mb. Deutscher Reichstag.

84. Sitzung, Donnerstag, 16. März 1916.
Das Haus und die Tribünen sind gut besetzt.
Am Tische des Bundesrats: Dr. Helfferich, Bischoff, Braette, Bahnschaffe.
Präsident Dr. Raempf eröffnet die Sitzung um 8 Uhr 15 Min.

Erste Lesung des Haushaltsplans für 1916 und der Kriegsteuervorlagen.

Es sind das die Gesetze über die Erhöhung der Tabakabgaben, über die außerordentliche Reichsabgabe bei den Post- und Telegraphengebühren, ferner das Kriegsgewinnsteuergesetz, das Quittungstempelgesetz und das Brauchkundenstempelgesetz.

Die Rede des Reichsfinanzsekretärs.

Reichsfinanzsekretär Dr. Helfferich:

Meine Herren! Die neue Tagung, zu der Sie im 20. Monat des Krieges zusammengetreten sind, gilt vor allem der Beratung des Reichshaushalts. Zum zweitenmal haben sich in diesem Hause die Aufgaben des Krieges und die Aufgaben der Wirtschaft gegenübergestellt. Aber während bei einem Vorjahr größere sachliche Meinungsverschiedenheiten kaum hervorgerufen konnten, sind diesmal mit dem Haushalt Fragen von großer sachlicher Bedeutung verbunden, über die die Meinungen allerdings auszuweichen vermögen können. Die verbündeten Regierungen sind sich darüber klar, sie sind aber auch überzeugt, daß Ihre Verhandlungen über diese Fragen von dem gleichen aus der großen Zeit geborenen Geist durchdrungen sein werden wie Ihre bisherigen Beratungen und von dem Bewußtsein der untrennbaren Zusammengehörigkeit des deutschen Volkes und von dem einheitlichen Willen, in diesem Krieg unsere Stellung festzuhalten und dem Deutschen Reich die Zukunft zu sichern.

Wie im Vorjahr, so müssen wir auch diesmal im allgemeinen darauf verzichten, eine auch nur einigermaßen zuverlässige Voraussage der Einnahmen und Ausgaben der einzelnen Zweige der Reichswirtschaft vorzulegen. Entsprechend dem schon beim Etat für 1915 angewandten Verfahren haben wir deshalb bei den meisten Kapiteln und Teilen die Ansätze des letzten Friedensjahres unter Berücksichtigung von gewissen Zu- und Abgängen eingestellt, die sich aus der Wirkung der kriegswirtschaftlichen Faktoren ergeben. Wenn wir damit auch auf eine genaue Veranschlagung verzichten, so genügen wir doch dem Erfordernis, die verfassungsmäßige und finanzwirtschaftliche Grundlage für die Fortführung der Reichsfinanzen während der Kriegszeit festzustellen. Wie im Vorjahr, haben wir geglaubt, die

äußerste Sparhaftigkeit

bei der Aufstellung des Etats wahren zu lassen. Bei den fortwährenden Ausgaben haben wir von der Schaffung irgendwelcher neuen Beamtenstellen abgesehen und uns bei den einmaligen Ausgaben des ordentlichen Etats auf die Fortführung bewonnener Bauten beschränkt. Gedeckert wird, wo es irgend angeht, alles Nebenwichtige wird nach Möglichkeit zurückgestellt. Für die Kriegsführung finden Sie in dem neuen Etat keine Forderung. Der Kriegstreit, den Sie im Dezember bemilligt haben, wird noch für einige Zeit vorhalten. Die weitere für die Durchführung des Krieges erforderlichen Mittel werden die verbündeten Regierungen beim Reichstag mit Bedarf verlangen. Aus den Kriegskrediten werden bekanntlich, so lange der Krieg dauert, auch die fortwährenden Ausgaben des Dezrets und der Marineverwaltung bestritten. Für das laufende Etatjahr hatten wir noch eine halbe Friedensrate eingestellt. Sie wird nicht in Anspruch genommen. Für das Jahr 1916 sehen wir von einer Einstellung ab. Auch wenn der Friede bald kommen sollte, wird die Ueberleitung in den Friedensstand längere Zeit erfordern und wohl auch als außerordentliches Geheiß noch neue Ueberlegungsmaßnahmen notwendig machen. Seine eigentliche Bedeutung hat der Etat durch die Ziffern für den Dienst der Reichsschuld. Zinsen und Tilgung flucuierten dieses Mal mit 2,203 Millionen Mark gegenüber 1,203 Millionen im Vorjahr und 270 Millionen im letzten Friedensjahr. Hier kündigt sich mitten im Krieg

eines der größten staatswissenschaftlichen Probleme

an, die wir im Frieden zu lösen haben werden, ein Problem, dem wir nicht genug unsere Aufmerksamkeit und Sorge widmen können. Der Schatzsekretär wendet sich dann den weiteren Teilen des Haushaltsplans zu. Die Ausgaben für das Heer und die Marine sind rechnerisch aus dem Etat weggefallen. Verschwinden ist aus der Aufstellung der Mehrerträge, der im Jahre 1915 mit seiner letzten Rate in Höhe von 208 Millionen Mark eingestellt war. Dagegen konnte der Uebertrag des Jahres 1914 mit 290 Millionen Mark eingestellt werden. Insgesamt würden die Ansätze der Einnahmen des ordentlichen Etats ohne Erhebung neuer Steuern ein Weniger von 844 Millionen Mark ergeben und ein Mehr von Ausgaben in Höhe von 136 Millionen Mark. Es ergibt sich also ein Fehlbetrag von 496 Millionen Mark. Für diesen Fehlbetrag schlagen die verbündeten Regierungen als Deduktion die neuen Kriegsteuern vor. Damit ist der Etat formal ein Gleichgewicht gebracht, aber auch nur formal. Wir haben die Einnahmen des letzten Etats eingestellt, und wenn etwas in dem neuen Etat sicher ist, so ist es die Tatsache, daß die Einnahmen diese Ansätze nicht erreichen werden. (Heiterkeit.) Wir können zwar aus einzelnen Kapiteln auf mehr Einnahmen rechnen. Das gilt z. B. vom Postwesen. Wir können auch auf Einnahmen aus den Zerschlagungen rechnen. Obwohl diese Einnahmen sicher zu erwarten sind, haben wir sie nicht eingestellt, weil von den Mehrerträgen daselbst gilt wie von den Mehrausgaben, daß sie nicht sicher zu erwarten sind. Wenn wir das Minus nicht feststellen können, dann dürfen wir auch das Plus nicht in Rechnung ziehen. Wir können aber leider nicht erwarten, daß das Plus bei dem einen oder anderen Einnahmeposten im ganzen einen auch nur annähernden

Ausgleich bieten wird. Es steht also auch hier ein Fehlbetrag fest. Zur Deduktion dieses Fehlbetrages haben wir, um nach Möglichkeit auch aus dem materiellen Gleichgewicht hervorzugehen, ein Kapitel der Einnahmen aus der Kriegsgewinnsteuer eingestellt. Auf dieses Kapitel sollen die im Jahre 1916 bereits eingehenden Erträge der Kriegsgewinnsteuer kommen, soweit sie zur Deduktion dieses Fehlbetrages erforderlich sind. Wir haben diese Einnahmen in Form eines sogenannten Leerkapitals übernommen. Ich hoffe, daß sich im Jahre 1916 dieses Leerkapital in erfreulicher Weise füllen wird. Das wird uns dadurch möglich, daß wir in dem Entwurf des Kriegsgewinnsteuergesetzes die juristischen Personen bereits nach dem Ergebnis des zweiten Kriegsjahres veranlassen. Hier kommen alle diejenigen Gesellschaften in Frage, die ihr Geschäftsjahr am 30. September schließen und diejenigen, bei denen das Geschäftsjahr mit dem Kalenderjahr zusammenfällt. Auch die Gesellschaften, die am 31. März schließen, sollen hierunter. Bei diesen Gesellschaften sind

recht erhebliche Mehrgewinne gegenüber den Friedensjahren erzielt worden. Aus dieser Quelle dürfen wir immerhin einen erheblichen Ertrag erwarten. Die Kriegsgewinnsteuer bietet gewissermaßen einen Ausgleichsposten in dem neuen Etat und ermöglicht es uns, über das formale Gleichgewicht hinaus dem tatsächlichen Gleichgewicht ziemlich nahe zu kommen. Um keine Missionen hervorzuheben, muß ich daran erinnern, daß das immer nur ein Etat ohne Heeres- und Marineverwaltung ist. Der solche Aufbau unserer Finanzverwaltung, der sich bisher allen Anforderungen des Krieges gewachsen gezeigt hat, darf nicht in ernstliche Gefahr gebracht werden. Diese Gefahr auszuschließen, ist der Zweck der neuen Steuervorlagen, und dieser Zweck umschließt ihre Begründung und Veranlassung. Weiter gehen unsere Absichten nicht, weiter würden die neuen Steuern auch gar nicht reichen. Ich stelle das ausdrücklich fest, weil ich in der Presse und auch sonst der Meinung begegnet bin, daß ich durch die englische Finanzpolitik allzu sehr von meinen früheren Äußerungen abgewichen ließe. Das ist in keiner Weise der Fall. Ich habe niemals den Satz aufgestellt, daß wir den Krieg auf eine beliebige Dauer führen könnten, ohne neue Einnahmequellen zu erschließen. Vor einem Jahre habe ich lediglich erklärt, daß wir von neuen Steuern so lange absehen könnten, wie wir unseren Etat einschließlich des Schuldendienstes ohne neue Steuern balancieren können. Heute ist es nicht mehr möglich. Daraus müssen wir die Konsequenzen ziehen. Nun wir das, so geben wir uns damit nicht auf den Weg der englischen Finanzpolitik. An sich würde ich mich gar nicht freuen, das zu tun, wenn ich überzeugt wäre, daß dieser Weg richtig und gangbar ist. Man soll auch vom Feinde lernen, nach beiden Richtungen hin; wie man es machen soll und wie man es nicht machen soll, oder in diesem Falle: wie man es machen kann und wie man es nicht machen kann. Der englische Schatzkanzler hat seit den ersten Kriegsmonaten eine Finanzpolitik verfolgt, nach der ein erheblicher Teil der Kriegskosten nicht aus Anleihen, sondern aus Steuern bezahlt werden soll. Er hat sich dabei auf alle englische Beispiele berufen, vor allem auf die Napoleonischen Kriege, in denen 45 Prozent der Kosten durch Steuern bezahlt worden sind. Gemäß wird England am Schluß dieses Rechnungsjahres aus den Kriegsteuern einen sehr erheblichen Betrag herausgeschickelt haben, der eine sehr achtenswerte Leistung der englischen Steuerzahler bedeutet. Aber was wollen diese Summen heißen im Vergleich zu den Kriegskosten, die bis Ende dieses Jahres 1,800 Millionen Pfund überschritten haben werden. Wir haben uns von Anfang an nicht bemehnt, einen solchen Krieg mit neuen Steuern finanzieren zu können. Wir haben von Anfang an uns wohl ein richtiges Bild über die Anforderungen dieses Krieges gemacht, als die englischen Staatsminister. Wir haben unser Programm enger gezogen und uns auf Erhaltung der ordentlichen Grundrunden der Reichswirtschaft beschränkt. Auf diesem Wege bleiben wir, weil

die größten Interessen des Reiches auf dem Spiele stehen.

Gewiß werden auch andere Ansichten vertreten. Man hat die Frage aufgeworfen, ob man wirklich das deutsche Volk durch diese Vorlage beunruhigen sollte. Man hat mit wenig Respekt von den paar hundert Millionen gesprochen, die doch auch nach dem Anleihen aufgebracht werden könnten. Zu dieser Großartigkeit kann ich mich nicht aufschwingen. Eine halbe Milliarde im Jahre sind enorm viel Geld, sind die Fünfen von zehn Milliarden. Dieses Geld werden wir künftighin wieder nötig haben, bis nach dem Krieg die Neuordnung der Reichsfinanzen durchgeführt sein wird. Doch diese Neuordnung nach Friedensfuß ist nicht von heute auf morgen da sein wird, doch sie wird nicht etwa wie Ballas Albene fertig in voller Rüstung aus dem Saupste des Jenseits hervorbringen wird, ist doch klar. (Heiterkeit.) Diese halbe Milliarde wird dann ein sehr beachtenswertes Jahrgeld auf dem Wege zur endgültigen Ordnung der Reichsfinanzen zu bilden haben. Wir wollen uns doch durch die Milliarden, die wir ausgeben, nicht den Kopf verwirren lassen! Die Zeit wird kommen, wo wir uns bescheiden wieder an die Millionrechnung werden gewöhnen müssen. (Schade richtig!) Es ist ja eine alte Wahrheit, daß man mit großen Scheiden viel leichter verschwendet als mit großem Reichthum. Das Amt, das ich im Krieges schweren Herzens übernommen habe, hat mir die Pflicht auferlegt, für die Mittel zu sorgen, die zur Strengführung und zur Erhaltung der richtigen Grundrunden unserer Reichsfinanzen nötig sind. Sie dürfen überzeugt sein, daß ich das ganze Maß meiner bescheidenen Kräfte an diese Aufgaben setzen werde. Ich bin überzeugt, daß auch der Reichstag mit seiner Verantwortlichkeit mit dabei helfen wird. Wir können den Krieg finanziell nur durchhalten — und es geht ja so auch zum Durchhalten —, wir können den nicht leichten Weg des Uebergangs in die Friedenszeit nur gut zurücklegen — wenn unser Haus in Frieden gut bestellt ist. Wir können unserm Volke, das jetzt zum viertenmal seine Vaterlandsliebe bezeugt, nicht Milliardenentwände oberlangen, wenn wir nicht rechtigste die Vergütung und Tilgung sicherstellen. (Sehr richtig!) Das ist kein Formalismus, das ist nichts als Pflicht und

Schuldigkeit, nichts als elementare Fürsorge für den nächsten Tag (Sehr richtig!) Das sind durchschlagende Gründe, die uns gar keine Wahl lassen. Für die Reichsregierung und mich und auch für den Reichstag wäre es unendlich viel bequemer, die Last auf die leichte Schulter zu nehmen.

Aber der harte Krieg kennt kein Recht auf Bequemlichkeit,

er kennt nur Notwendigkeiten. In der Erfüllung der Notwendigkeiten beschränken sich unsere Kräfte auf das Mindestmaß des Werteverfahrens. Wären wir unsere Hoffnungen auf einen auch finanziell günstigen Friedensfuß nach so hoch spannen — diese Hoffnungen helfen mir zunächst —, es bleibt trotzdem bestehen, daß unter allen Umständen eine erhebliche Steigerung der Reicheinnahmen nötig sein wird. Wir müssen heute schon tun, was an uns liegt, um den Reichetat in den Grenzen einer gesicherten Finanzwirtschaft zu halten. Wenn ich mich vor mir selbst auf Verg und Nieren prüfe, so halte ich mich mit allenfalls den einen Vorwurf zu machen, daß die Steuervorlagen heute schon nicht wenig gehen und noch ausgiebiger der Zukunft überlassen. (Sehr wohl!) In dieser Lage gibt es nur eine einzige Entschädigung für das Unterlassen des Notwendigen: die Unmöglichkeit der Beschaffung der erforderlichen Mittel. Diese Entschädigung steht uns halt bei dem Amt nicht zur Seite. Die 500 Millionen Mark neue Reichsausgaben sind keine Leistung, die dem deutschen Volk nicht zugemutet werden konnte und die es nicht zu tragen vermöchte. Deutschland hat in Friedenszeiten über Steuererlösen verfügt wie kaum ein anderes der großen europäischen Länder, und im Krieg hat unser Volk so glänzende Beweise seiner finanziellen Leistungsfähigkeit vor aller Welt erbracht, daß ich den festen Glauben habe, daß die Befriedigung von einer halben Milliarde vollständig gehen wird, nicht entfernt über die Grenzen unserer Kraft. Danach kann gar keine Rede sein. Das deutsche Volk wird die 500 Millionen Mark und alles, was darüber hinaus notwendig ist, aus dem Reich zu erhalten und seinen Platz zu behaupten, aufbringen. Die Lebens- und Arbeitskraft, die wir in uns selbst tragen, bezeugt uns auch in schweren Zeiten dazu, unseren Weg zu machen und in der Welt voranzugehen. (Sehr wohl.) Darüber sind wir wohl auch einig. Nicht so ganz einig sind wir über die neuen Steuern im einzelnen. Ich bin weit davon entfernt, sie als

eines besonders Schönes und Verdienstliches

anzusehen. Aber wenn Sie die Steuern daraufhin prüfen, ob sie nicht doch vielleicht notwendiges Übel sind, dann wird es Ihnen vielleicht gelingen, sich mit den neuen Steuern, wenn auch nicht zu befreunden, so doch abzufinden. Heute will ich Ihnen keine eingehende Begründung jeder einzelnen der Steuern geben, sondern Ihnen die Beurteilung des gesamten Programms erleichtern. Zunächst bilde ich, im Augenblick zu behalten, daß die neuen Steuern Notbehelfe für die Zeit des Krieges und des Uebergangs in die geordnete Friedenswirtschaft sind und ihr natürliches Ende in der Neuordnung der Reichsfinanzen finden, die eine der ersten und wichtigsten Friedensaufgaben sein wird, die aber zu ihrer Lösung zeitweilige Zeit verlangt. Der Reichstag wird also in die Lage kommen, die neuen Steuern in absehbarer Zeit einer ergänzenden Revision zu unterziehen. An eine glatte Abschaffung oder Erhöhung wird auch im günstigsten Fall nicht zu denken sein, aber Sie werden auf alle Fälle prüfen können, was dem Neubau der Reichsfinanzen einzufließen wird. Der Charakter der Steuern als Not- und Uebergangsteuern nimmt der Reichsregierung die Verantwortlichkeit zwar nicht ab, erleichtert sie ihr aber. Dieser Charakter wird, wie ich zuversichtlich hoffe, Ihnen die Möglichkeit geben, einem anderen wichtigen Erfordernis entsprechend, das der Charakter der Notsteuern bedingt, dem Bedürfnis der sofortigen Erhebung und schleunigen Inkassierung Jede Woche, die die neuen Steuern früher in Kraft treten, erleichtert den Finanzausschuss unserer Reichsschuld um zehn Millionen Mark. Schließlich liegt es in der Natur des Notbehelfs, daß wir ohne neuen Apparat mit möglichst einfachen Mitteln einen möglichst hohen Ertrag erzielen müssen. Jetzt haben wir weder Zeit noch Leute, um neue Organe zu schaffen. Notgebrungen müssen wir uns in der Hauptstadt an das Gegebene anlehnen. Daraus hat man mir einen Vorwurf gemacht und den Steuern die Originalität abgesprochen. Sie werden es begreifen, daß es mir in der Lage, in der wir uns befinden, mehr auf Geld als auf Originalität ankommt. (Heiterkeit.) Die steuerlichen Maßnahmen des Reiches stehen in engem Zusammenhang mit der anderenartigen Besteuerung. Es sind immer dieselben Steuerzahler, die dem Reich, von den Staaten und den Kommunen in Anspruch genommen werden. Wohin das Geld geht, berührt den Steuerzahler erst in zweiter Linie. Die Verteilung unserer Steuerquellen auf die Gesamtheit hat sich in der Weise entwickelt, daß der fortgesetzt wachsende Geldbedarf des Reiches sich bei den immer mehr steigenden Ansprüchen der Einzelstaaten und Kommunen auf diese Steuern als Einkommen und Vermögen auf die Ertragssteuern beschränkt hat. Die Einzelstaaten und Kommunen haben auf Wunsch der Reichsregierung während des Krieges darauf verzichtet, den Kapitalmarkt durch Anleihen für ihre Bedürfnisse in Anspruch zu nehmen und auf diese Weise dem Reich den freien Spielraum für die Finanzierung des Krieges erhalten. Der Krieg stellt ja nicht nur an das Reich, das die Hauptlast trägt, sondern auch an Einzelstaaten, Kommunen und Kommunalverbände große finanzielle Anforderungen, die nur zum Teil durch Finanzmaßnahmen bankmäßigen Artels ebenfalls des öffentlichen Anlehensmarktes gelöst werden können. Kommunen und Einzelstaaten sehen sich deshalb genötigt, ansehnliche Steuererhöhungen vorzunehmen, die selbst und besonders auf den Gebiet der direkten Besteuerung liegen. Ich verweise auf die Steuervorlage, die augenblicklich die geschlossenen Körperschaften in Preußen beschäftigt. Für die großen Einkommen ist dort eine Erhöhung der Steuerzuschläge auf 100 Prozent des Normalsteuersatzes, also auf 8 Prozent vorgesehen, bei den mittleren Einkommen ist der Zuschlag wesentlich bescheidener, bei den kleinen Einkommen bis zu 2400 Mark ist eine Erhöhung des Zuschlages überhaupt nicht vorgesehen. Bei den Vermögenssteuern wird der Zuschlag in Höhe von 160 Prozent erhoben, in dem größten deutschen Einzelstaat — ähnlich liegen die Dinge in den

breitern anderen Angelegenheiten auch — werden die Steuern ...

Der Krieg ist ein herrlicher Lehrmeister. Er verlangt, daß für das Reich neue Einnahmen geschaffen werden, und zwar solche und ausgiebige. Es können nicht alle Steuer aus derselben Kategorie sein.

In Rücksicht auf die Erhaltung der finanziellen Gleichgewicht der Einzelstaaten und Kommunen kommt deshalb nach der bestimmten Auffassung der verschiedenen Regierungen für die deutschen Reichsmaßnahmen als direkte Reichsteuer nur die Kriegsgewinnsteuer in Frage. Das „nur“ kann ich allerdings nicht mit Vorbehalt aussprechen, denn die Kriegsgewinnsteuer, wie wir sie oben dargestellt haben, ist eine umfassende Vermögensgewinnsteuer. Ihre Höhe hängt bis zu dem fast unbegrenzten der jetzt geltenden Höhe an. Ich bin mit der Reichsregierung der Meinung, daß wir mit der Ausgestaltung der Steuer in der Höhe der Höhe in der Art an die Grenze dessen gegangen sind, was wir gegenüber unserer wirtschaftlichen Zukunft verzeichnen können. Wenn Sie sich das alles überlegen, so werden Sie, glaube ich, sofort Sie auf dem Boden unserer Gesellschaftsordnung stehen, zu demselben Resultat kommen. Vor allem werden wir uns von dem Gedankte leiten lassen müssen: Steuern auf die Vermögensgegenstände müssen in solchen von vornherein ausgeschlossen sein. Das habe ich schon im Dezember vorigen Jahres in Aussicht gestellt.

Ich glaube, daß unsere Steuererlagen diese Aufgaben wahr gemacht haben. Das liegt uns in der Richtung der ganzen Welt. Wir sind hier im Kriegsteil gefühlt haben. Wir haben es jetzt seltener als unsere Gegner, die über-rechtliche Vorteile zuwenden. Trotzdem haben wir, und das kann nicht genug unterrichtet werden, die niedrigsten Zinssätze, die niedrigsten Zinssätze und Zinssätze. Wenn wir in den Zinsen dieser wichtigen Staatsgeschäfte etwas der unseren Gegnern vorans haben, so ist das ein wichtiger Moment für die Beurteilung der neuen Zinsen. Die durch die Steuererlagen kommen sollen. Von allen unerschöpflichen Gemütskräften ist der Staat ohne Zweifel am meisten zu einer Kriegsbereitschaft geeignet. Auch die Tabakindustrie hat, wie ich bereits in Aussicht gestellt, mit Schwerkraft während des Krieges zu kämpfen. Aber alles in allem geht es ihr doch in der Kriegszeit wesentlich besser als allen anderen Gruppen.

Der Verbrauch an Tabak und Tabakergzeugnissen ist trotz des Krieges erheblich gestiegen. Die Tabakerzeugnisse und namentlich die Zigarettenfabrikation haben während des Krieges im Gegensatz zu allen anderen Steuern höhere Erträge erzielt. Sie können also an Tragfähigkeit für weitere Belastungen anderen Verbrauchsgegenständen gegenüber als überlegen gelten. Sicher ist auch, daß die Lage der Arbeiter auf dem Tabakmarkt ungünstig ist, daß die Schwierigkeiten der Lebensgrundlage jetzt nicht in dem Maße bereinigt werden wie zu jeder anderen Zeit. Sollte die Steuererhöhung zu einer Beschränkung der Einfuhr an ausländischen Tabak führen, so würde ich das vom Standpunkte der Reichseinkommen aus bedauern. Aber vom allgemeinen Standpunkte aus würde ich das schon im Interesse unserer Reichweite für wünschenswert halten. Denn diese Einfuhr von Tabak trägt mit uns unserer Reichweite. Der Tabak kann selbstverständlich nur einen Bruchteil der halben Milliarde aufbringen. Darum sind weitere Steuern notwendig.

Da sind zunächst vor allem die Steuern auf den Verbrauch. Theoretisch kann jede Belastung des Verbrauches abfällig beurteilt. Aber bei dem Steuerverle, der in Betracht kommt, handelt es sich nur um beschränkte Zuschläge. Beim Güterverkehr der Eisenbahnen ist auf die Kleinrenten Beiträge Rücksicht genommen und für eine soziale Belastung gesorgt worden. Der zugehörige Güterverkehr soll gefördert werden im geschäftlichen Interesse. Den Zufahrtstrassenbetriebe sind es vorbehalten geblieben, bei den verkehrsreichen Formen des Nebenverkehrsverkehr auf die tatsächlichen Bedürfnisse Rücksicht zu nehmen und dafür zu sorgen, daß dem Publikum bei den Kosten nur ein Mindestmaß von Arbeit erwächst. Man muß so aus der Art eine Lösung machen und aus der Steuer einen Beitrag zum besseren Leistungsverle schaffen. Der Güterverkehr der Eisenbahnen hat aus wenig unter dem Krieg gelitten. Der neue Preisunternehmenskampf, der 80 Millionen Mark bringen soll, ist für niemand unerträglich. Wenn Kommunen 3 Mark zahlen. Auf den Doppeltelern mühen haben 3 Pf. sollen. Das ist eine Last, die getragen werden kann.

Die Post ist ein Reichsbetrieb. Sie hat an Erträgen rund eine Milliarde gebracht, nämlich etwas über 900 Millionen Mark. Die Ausgaben betragen sich auf etwa 800 Millionen Mark, so daß ein Reinertrag von 100 Millionen Mark blieb. Daraus ergibt sich, daß die Post bisher auf Gewinn nicht gearbeitet hat. (Scher richtig) Ich finde das auch sehr richtig, aber in dieser Zeit scheint mir die Frage berechtigt, ob ein solches Milliardenvermögen nehmen nicht für einige Zeit etwas weniger selbstlos arbeiten kann. Die Steuerämter kann hier eine etwas höhere Steuer erhoben werden. Ohne jede Erhebung der Vermögensgegenstände, durch eine Erhebung der Besitzgegenstände sollen die Einnahmen um etwa 200 Millionen Mark erhöht werden. Ich werde selbstverständlich die Post pflichtig dahinstellen. Wenn es aber um Dinge geht, muß sie auch einmal vergeben, was sie leisten kann. Es fragt sich auch hier, ob die Zuschläge des Besondereinsatzes erträglich sind. Ich will nicht behaupten, daß sie empfindlich belastend sind, aber niemand will behaupten können, daß die Zuschläge unerträglich wären und eine ernstliche Gefährdung unseres Verkehrs und unserer Wirtschaft bedeuten.

Sie werden die Steuern hier in ihrer Komplexität genau unter die Lupe nehmen. Das ist Ihre große Arbeit. Ich werde mich jeder Verbesserung freuen, die die Verhältnisse in Ihren Beratungen erhalten. Ich erinnere vor allem an das Wort: Das Beste ist der Feind des Guten. Im Dezember vorigen Jahres, als mir das herrschende Gesch über die Kriegsgewinnsteuer bezogen, habe ich das Steuererlagen als eine sozialübergriffe Ökonomiepflicht begründet. Heute gilt das mehr als je. Der Vermögenszuwachs seines ausschließlichen Ziel an das Reich geben, der kleine Mann seinen Quittungsbeleg, oder Postquittung. Das sind aber alles keine Bestimmungen gegenüber den beschaffenen Ökonomie an Gut und Mat, die unser Volk in einmütiger Entschlossenheit trägt. (Besondere Zustimmung) Ich frage mich, daß der Welt des Spekulanten unbedacht aller Kritik an den Steuererlagen die öffentlichen Einrichtungen und Bestrebungen der Interessentengruppen verweigert.

Wir müssen uns freuen, daß die industriellen und kommunalen Ökonomieleistungen die Steuern an sich als bedarflich anerkennen können. Sie haben damit ihren in hoch genug auszurechnenden Bestimmungen für den Vaterland ein neues Wort hinzugefügt. Die hätten damit das Zeugnis, daß die bisherigen Bestrebungen des deutschen Handels und der Industrie, die bisher Stellung ge-

nommen haben, für die Gesamtheit der Steuererlagen eingetretten sind, unter Beachtung der Angelegenheiten. Ich nehme das für eine gute Vorbereitung nicht nur für die gegenwärtigen Verhältnisse, sondern auch für die großen Aufgaben, die uns noch bevorstehen. Ich nehme das als einen neuen Beweis dafür, daß unser deutsches Volk nicht nur durch Beibehaltung von Kriegsanleihen, sondern auch durch Überwindung der neuen Steuern bereit ist, Opfer zu bringen für das Reiches Bestand und Größe. (Beifälliger Beifall)

Draußen im Saale vollzieht sich jetzt die Zeichnung unserer Kriegsanleihe. Über den Auszug dieses Kriegsanleihe wird nicht nur mit den Wägen draußen im Saale, sondern auch mit den Wägen der wirtschaftlichen Kraft dabei entschieden. Das erkennen denn auch unsere Feinde. Dieser unserer Gegner hat die Not unserer Verhältnisse aus nur annähernd erreicht. Wir haben mit steigendem Erfolg in drei Millionen großen Anleihe, die aufgebracht. Frankreich hat in seiner einzigen großen Anleihe, der sogenannten Siegesanleihe, nur 18 Milliarden Mark seiner Kriegsausgaben konsolidieren können. England hat bisher durch konsolidierte Anleihen nur 15 bis 16 Milliarden ausgeben, England erste Anleihe haben wir mit dem Ergebnis unserer zweiten Anleihe, das Ergebnis seiner zweiten mit unserer dritten Anleihe. Auf seine zweite Anleihe hat England bisher keine dritte setzen lassen. Seine letzten fünfzehn Schulden wuchsen in unangenehme. Trotzdem zeigt der englische Staatskassier, die dritte Anleihe, die immer wieder verdrängt worden ist, auf den Markt zu bringen. Die Bedingungen der vorigen Anleihen verbieten ihm den Weg.

Wir sind unheimlich unseres Weges gegangen. Das über Erwarten glänzende Ergebnis der Septemberanleihe hat, wie ich damals betonte, uns die Möglichkeit gegeben, bis zu diesem Frühling ohne neue Anleihe auszukommen, ohne irgendeine die Inflation, die uns für die Prozedur der Geldschöpfung zur Verfügung stehen, über Gebühr in Anspruch zu nehmen. Jetzt, wo wir die neue Anleihe brauchen, dürfen wir uns vertrauensvoll erneut an das deutsche Volk wenden. Von den im Dezember vorigen Jahres bewilligten 40 Milliarden haben wir nur noch 15 Milliarden frei. Allerdings sind hiervon schon für einen erheblichen Betrag Schatzanweisungen ausgegeben, die nun in Kriegsanleihen konsolidiert werden. Jede Ausgabe der neuen Anleihe werden wir wieder der einzige Staat sein, der seine ganzen Kriegsausgaben konsolidiert hat.

Unsere monatlichen Kriegsausgaben halten sich in den letzten Monaten 1915, wie ich im Dezember mitteilte, über den Betrag von zwei Milliarden erhoben. Ich kann Ihnen heute die exakte Mitteilung machen, daß die Ausgaben im Betrage von zwei Milliarden zurückgegangen sind, (Scher, Hört) und daß die Ausgaben der ersten Hälfte dieses Jahres, das wir auch im März diese zwei Milliarden nicht erreichen oder wenigstens nicht überschreiten werden. (Beifall) Das bedeutet, daß unsere Kriegsausgaben kaum nennenswert höher sind als vor dem Jahre. Das ist erreicht trotz einer erheblichen Vermehrung unserer Effektiveinheiten, trotz der Erhöhung der Lebensmittelpreise und trotz der gesteigerten Anforderungen, die wie auf dem Gebiete der Ernährungszugung machen.

Die täglichen englischen Ausgaben haben inzwischen 100 Millionen erreicht. Englands Kriegskosten sind jetzt absolut genommen 80 Pro. höher als die unseren. Auf den Kopf der Bevölkerung machen sie etwa 2 Mark gegen 1 Mark bei uns aus. In Frankreich haben die Kriegskosten bisher 18 Milliarden betragen. Die letzten Angaben aus England nennen 81 Milliarden Rubel. Unsere Kriegskosten waren in den Monaten August bis Dezember 1914 bloß um ein Drittel höher als in England. Daraus können wir ein erstes Urteil stellen. Heute beträgt England 50 Pro. mehr als wir. Frankreich und Portugal haben uns erreicht. Die täglichen Kriegskosten unserer Gegner belaufen sich auf 240 Millionen. Die täglichen Kriegskosten von uns und unseren Bundesgenossen auf 110 Millionen Mark. Ich kann heute sagen, daß unsere und unserer Bundesgenossen tägliche Kriegskosten nicht um erheblich hinter der Hälfte derjenigen unserer Gegner zurückbleiben. (Scher, Hört) Das Gesamtergebnis berechne ich bei uns und unseren Bundesgenossen auf 50 bis 55 Milliarden, bei der Entente mit ihrem Anhang auf 100 bis 105 Milliarden. Das Verhältnis ist etwa 1:2. Es ist ungeachtet proportional zu den tatsächlichen Erfolgen. (Beifälliger Beifall)

Die Entscheidung über Kriegsanleihe und Erfolg hat uns die bisherigen Ergebnisse der Kriegsanleihe ermöglicht. Unsere Kriegsausgaben bleiben in der Hauptsache im Lande und kommen dem Inlande zugute. Der günstige Stand unserer Reichsbaal und der Einkünfte bei den Sparbüchern legen Zeugnis davon ab, wie sie sich erneut zur Kapitalbildung verhalten haben. Bei den Sparbüchern ist in Frankreich die Zahl der Einleger im Jahre 1914 zurückgegangen. Dagegen ergab eine Erhebung bei uns im Industriegebiet die Zunahme von 290 000 neuen Sparkassensparern. Der Zuwachs im Jahre 1914 ist absolut und proportional größer, als in der Friedenszeit. Der Betrag der Sparkasseneinkünfte hat in Frankreich seit Kriegsausbruch einen Rückgang von 380 Millionen Francs erfahren. Bei uns wuchsen die Jahre 1914 und 1915 zusammen einen Zugang von 400 Millionen Mark. Hierin sind 4% Milliarde für Kriegsanleihen eingesetzt worden. Das Jahr 1916 hat einen Rückgang von 440 Millionen Mark gebracht.

Unsere Sparscheineanlagen haben heute, nachdem 4% Milliarden Mark für Kriegsanleihe verwendet sind, noch um mehr als 500 Millionen besser als zu Beginn des Krieges. (Scher, Hört) Das gibt uns das Vertrauen, daß es uns gelingen wird, auch die dritte Kriegsanleihe zu einer vollständigen im wahren Sinne des Wortes zu machen und sie als Volkswirtschaftlich zu einem neuen Erfolg zu führen. Der geht, daß unsere finanzielle Kraft ebenso wenig gebrochen werden kann wie der Kampfesmut unserer Truppen. Unsere Feinde fragen an, dies alles nicht und langsam zu begreifen. Das zeigen namentlich die Ausführungen des Lord Cromwell, die er vor einigen Tagen in englischen Oberhaus gemacht hat. Deshalb verlor unsere Feinde den Gung unserer neuen Anleihe mit ganz besonderer Aufmerksamkeit. Sie wissen, was es heißt, wenn ein der dritte Schlag gelingt. Sie arbeiten mit allen Kräften, um unseren Erfolg zu vereiteln. Sie bestreben überall die unangenehmsten Dinge über unsere finanzielle Lage. Durch Rücksichten von Zahlungseinstellungen von Banken usw. und ähnliche Vorteile versuchen offenbar Agenten unserer Feinde unser Volk täppchen zu machen.

Das deutsche Volk hat für seine Kassen kein Wort und seinen Kredit veräußert. Das deutsche Volk mit seiner ganzen Trägheit und Arbeitssucht, der deutsche Boden mit seinem großen Reichtum steht hinter der Anleihe, ist dafür gut. Wir haben noch sechs Tage für die Anleihe vor uns. Sie müssen ausfindig gemacht sein. Wir müssen alle Kräfte anspannen, um die Kriegsanleihe zu einem Erfolg zu führen und um den Feinden zu zeigen, daß ihre Hoffnung, uns wirtschaftlich zu vernichten, ebenso falsch ist wie die Hoffnung, uns schlägen zu können. Mehr als je kommt es darauf an, Entschlossenheit und Kraft zu zeigen. Das Ausland muß auch neu erlernen, daß alle Hoffnung auf Intervention und Schwäche eitel ist und eitel bleibt. (Beifall) Das ein Willkür gegen die Deutschen unüberbör zusammenhängt. Der Feind, der von der Beschäftigung des deutschen Volkswirtschafts rehet und der in Mitleidlichkeit die Zerstückelung und Verminderung der deutschen Volkswirtschaft meint, hat sich neue erlernt, daß wenn es zum Kampfe kommt, wir alle wie ein Mann zu sammenhängen, daß wir entschlossen sind, das Schwert zu tragen und das Schwert zu leisten, was das Vaterland will. (Beifälliger Beifall)

Meine Herren, brauchen der Verdun denn nicht die Kanonen aus jenseitlichen französischen Berg und Pfand. In diese beiden Gruppen oder drängen in gleicher Richtung den Feind von Stellung zu Stellung. Sie wissen, daß der Sieg uns gehört, und gehören muß. (Beifall) Unsere Truppen haben ein Recht darauf, daß wir in der Heimat auf unserem so viel bedeutenderen Gebiet und ihrer Würdig seien, daß wir alle, so weit es in unsere Kräfte liegt, zum Siege und zum Frieden helfen! (Beifälliger anbauender Beifall und Handklatschen)

Lamm vorliegt sich vor Das.

Nächste Sitzung: Mittwoch 1 Uhr Weiterberatung.

Hessische Zweite Kammer.

ab. Darmstadt, 16. März.

Präsident Kähler eröffnet die Sitzung vor 10h40a. Besetzung

Sankt. Die allgemeine

Veratung des Staatsvoranschlags

nicht fortgesetzt. Herr Kähler ist

Abg. Bauer (Wk.). Er bemerkt einleitend, daß aus der gestrigen Rede des Abg. Dr. Ollmann eine gewisse Zustimmung zu entnehmen gewesen sei über die Ausführungen des Präsidenten Dr. Bauer und dessen Stellungnahme zu den Beifälligen des Finanzanwachses. Er hob aber, daß doch eine Verständigung der Kammer mit der Regierung erfolgt werde. Der vorliegende Etat sei eigentlich nur ein Provisorium, das sich möglichst weit noch auf das folgende Jahr ausdehnen könne. Abg. Dr. Ollmann

schien doch über die Einwirkung der wirtschaftlichen Bedürfnisse in der ersten Zeit nach dem Kriege etwas optimistisch zu denken. Der Etatfall an Einnahmen für Obligationen oder Besondere würde doch mindestens 3 Milliarden ausmachen, dann etwa 20 Millionen Mark auf unteren Obervermögen entfallen würden. Was sollte zunächst die weitere Gestaltung der Reichseinkommen abwarten; ebenfalls würde auch keine Partei alle Einkünfte des Reiches zu das direkte Steuergebiet der Bundesstaaten entscheiden zurückweisen. Die Einnahmehaus aus der Einkommenabteilung würde dem Lande unter allen Umständen erhalten bleiben; er sei dabei allerdings der Meinung, daß in der Zeit nach dem Krieg nicht gleich wieder um Einnahmen, wie in Friedenszeiten, gedreht werden könne. Es sei nicht richtig, daß in Hessen die Mittel zur Beschaffung von Rohmaterial aus Anleihen beschränkt werden, während sie in Preußen auf die laufenden Ausgaben übernommen werden. Eine Erhöhung der Vermögenssteuer über den Satz von 1 Mark hinaus könne er in Aussicht auf die innerlichen Helfer von Preußen als nicht zulässig ansehen. Man sei in Preußen schon mit 20 Prozent bei 1000 Mark erlösen worden. Dem Präsidenten Dr. Bauer gegenüber bemerkt er, daß er von nicht großen „Steuerfreundlichkeit“ auf dem Lande nichts bemerkt habe; er hob aber trotzdem auf eine Eingung über den Erhöhungssatz mit dem anderen Saale. Im Laufe des Krieges habe die deutsche Landwirtschaft sich glänzend bewährt und ihre volle Leistungsfähigkeit erweisen; sie sei imlande, den ganzen Bedarf an Mehl und Brot ohne fremde Hilfe zu liefern. Allein aus Kartoffeln seien im letzten Jahr 50 Millionen Tonnen mehr produziert worden; dabei lasse aber die Verteilung sehr zu wünschen übrig. Wenn man den Vorschlägen von freihändlerischer Seite gefolgt wäre, dann hätte das deutsche Volk jetzt Hunger zu leiden. Kähler erklärt weiter, er könne dem vom Finanzanwachsel aufgestellten Grundriss, während des Krieges keine neuen Forderungen zu beschließen, nur zustimmen; darin liege er im Einklang mit dem vorerwähnten Dr. Bauer. Er habe von „Steuerfreundlichkeit“ für ein kleines Mittelding, die Hauswirtschaft sei die landliche Bevölkerung. Dabei möge er sich auch gegen die frühzeitige Anwendung von kaum 14 jährigen Mädchen in den Fabriken aussprechen; ihre Verwendung zu landwirtschaftlichen Arbeiten sei unannehmlich viel geübert. Es sei auch erwiesen, daß der ganze alte Staatseinkommenverhältnis Solbat der vom Lande kommende ist. Sehr zu beklagen sei die Vollständigkeit der Schulabteilung des Ministeriums des Innern über der landwirtschaftlichen Fortbildungsschule, die Entscheidungen darüber vom weitestenden Schulinspektoren treffen lasse, deren Objektivität er bezüglich ihrer Berichte über den Unterricht bezweifeln möchte.

Abg. Ollmann (Centr.) bemerkt zunächst, er wolle die allgemeine Auffassung des Reichsanwaches über die kommende Gestaltung unserer Wirtschaftlichen Verhältnisse als in sich selbst bezeichnen. Die heftigsten Finanzengüsse hätten doch jetzt ihre Feuerprobe bestanden, wobei uns die oft behauptete Kostenlosigkeit sehr erwünscht waren. Die neue Steueranleihe beweise, daß der allgemeine Wohlstand im Lande nicht zurückgegangen sei. In Preußen sei die Lage durch die gute Wemerte sogar wesentlich günstiger geworden, man hoffe aber, daß seine neue Feuerprobe kommen werde. Die von der Regierung angeforderte Steuererhöhung habe wohl kaum jemand in Erfüllung gebracht, aber wenn Herr Dr. Bauer von einer „Steuerfreundlichkeit“ spreche, so habe er, Kähler, hiernun nichts bemerkt und es empfinde auch nicht den Tatsachen. Es sei doch auch kein belauder Kall, wenn in einem Lande hohe Steuern bezahlt werden. Die Volkswirtschaft hätten auch Rücksicht zu nehmen auf die Belastung der Steuerzahler und auf die kommenden Anforderungen durch das Reich. Eine Erhöhung der Einkommensteuer um 12 Prozent habe die mittlere Eink. einzu er höhe aus, daß man diesen Vorschlag des Finanzanwachses eine Veränderung folgen werde; der Satz von 5 Prozent Erhöhung der Vermögenssteuer erweise ebenfalls angemessen. Die Verteilung der drei unteren Stufen halte er für durchaus richtig. Über den von Abg. Ulrich geäußerten Antrag auf härtere Progression der Vermögenssteuer könne man ja nach dem Kriege einmal debattieren, denn Antrag Gericht auf Einführung einer Kriegsteuer sei zwar viel Lob erbeten, aber keine Unterstützung zuzulassen geworden. Eine Entlastung der Steuerlasten unter 2300 Mark, wie er sie vorschlägt, ist berechtigt, aber ohne Änderung des Steuergebietes nicht durchführbar. Der Finanzanwachsel habe seine Beifällige sehr genau erweisen; auch er halte die Erhöhung der Einnahme aus Holzverkauf für durchaus berechtigt. Die Sparankunft im Staatshaushalt müsse auch nach dem Kriege fortgesetzt werden, er verleihe die Geltung der Regierung nicht, die 3. B. der Zusammenlegung der beiden Darmstädter Staatsanwaltschaften, Wierbachon steht. Die Beifälligkeit, die von der Regierung jetzt als letztes letzte Schritt aufgeführt wird, habe ihn durchaus nicht überzeugen können. Beifällige des Finanzanwachses zu Art. 6 des Staatsgesetzes erklärt der Redner, daß keine Partei nach dem gestrigen Vortrage des Präsidenten Dr. Bauer für die Streiklösung stimmen werde. Eine Trennung der Abteilung 3 durch Auflösung der „Landwirtschaft“ halte er nach dem Kriege für begründet; er werde auch für den Staatskommissar bei den landwirtschaftlichen Berufsverbänden stimmen. Der Redner tritt zum Schluß ebenfalls für gegen eine direkte Reichsteuer auf und ist der Meinung, daß die in das Reich zu leistenden Beiträge für den Krieg nicht nach der Möglichkeit, sondern nach der Vermögensfähigkeit richten sollten. Auch er hob, daß auf Grund der Ausführlingsentscheidungen eine Einkünfte erzielt wird.

Abg. Ollmann (Centr.) betrachtet die Arbeit hinter der Front als kein im Vergleich zu den großen Vorkämpfungen auf den Kriegsschauplätzen, aber als nötig, denn sie stellt eine Unterstützung unserer Feinde dar. Man habe im Innern viel weniger unmittelbare Verhältnisse erhalten, als man anfänglich erwartete. Es habe sich, daß sich die wirtschaftliche Lage seit 1914 fähig verbessert habe. Das beweise auch die Anspannung der Reichseinkommen um über 20 Millionen Mark. Das war unter die Einkünfte während des Krieges. Die Feinde hätten aber nicht gänzlich aufgebracht worden und deshalb sei die Steuererhöhung notwendig. Bei Beurteilung der Art dieser Erhöhung sei bemerkenswert, daß Preußen bei deren Festsetzung die Einkommen bis 2400 Mk. freiläßt, und damit doch sich aus in weitestenden des Reiches Antrag. Ein Vortrag beschränke ich auch, daß er nur einen Teil der Steuerzahler trete und auf die Vermögensfähigkeit Bedacht nehme. Er habe auch keine individuellen, sondern nur formelle Verbesserungen dagegen gehört, und er sei auch nicht ganz einverstanden worden. Die notwendigen Vorkehrungen zu seiner Vorbereitung zu treffen. Der Widerspruch einer gleichmäßig härteren Belastung von Ein-

Abg. Ollmann (Centr.) bemerkt zunächst, er wolle die allgemeine Auffassung des Reichsanwaches über die kommende Gestaltung unserer Wirtschaftlichen Verhältnisse als in sich selbst bezeichnen. Die heftigsten Finanzengüsse hätten doch jetzt ihre Feuerprobe bestanden, wobei uns die oft behauptete Kostenlosigkeit sehr erwünscht waren. Die neue Steueranleihe beweise, daß der allgemeine Wohlstand im Lande nicht zurückgegangen sei. In Preußen sei die Lage durch die gute Wemerte sogar wesentlich günstiger geworden, man hoffe aber, daß seine neue Feuerprobe kommen werde. Die von der Regierung angeforderte Steuererhöhung habe wohl kaum jemand in Erfüllung gebracht, aber wenn Herr Dr. Bauer von einer „Steuerfreundlichkeit“ spreche, so habe er, Kähler, hiernun nichts bemerkt und es empfinde auch nicht den Tatsachen. Es sei doch auch kein belauder Kall, wenn in einem Lande hohe Steuern bezahlt werden. Die Volkswirtschaft hätten auch Rücksicht zu nehmen auf die Belastung der Steuerzahler und auf die kommenden Anforderungen durch das Reich. Eine Erhöhung der Einkommensteuer um 12 Prozent habe die mittlere Eink. einzu er höhe aus, daß man diesen Vorschlag des Finanzanwachses eine Veränderung folgen werde; der Satz von 5 Prozent Erhöhung der Vermögenssteuer erweise ebenfalls angemessen. Die Verteilung der drei unteren Stufen halte er für durchaus richtig. Über den von Abg. Ulrich geäußerten Antrag auf härtere Progression der Vermögenssteuer könne man ja nach dem Kriege einmal debattieren, denn Antrag Gericht auf Einführung einer Kriegsteuer sei zwar viel Lob erbeten, aber keine Unterstützung zuzulassen geworden. Eine Entlastung der Steuerlasten unter 2300 Mark, wie er sie vorschlägt, ist berechtigt, aber ohne Änderung des Steuergebietes nicht durchführbar. Der Finanzanwachsel habe seine Beifällige sehr genau erweisen; auch er halte die Erhöhung der Einnahme aus Holzverkauf für durchaus berechtigt. Die Sparankunft im Staatshaushalt müsse auch nach dem Kriege fortgesetzt werden, er verleihe die Geltung der Regierung nicht, die 3. B. der Zusammenlegung der beiden Darmstädter Staatsanwaltschaften, Wierbachon steht. Die Beifälligkeit, die von der Regierung jetzt als letztes letzte Schritt aufgeführt wird, habe ihn durchaus nicht überzeugen können. Beifällige des Finanzanwachses zu Art. 6 des Staatsgesetzes erklärt der Redner, daß keine Partei nach dem gestrigen Vortrage des Präsidenten Dr. Bauer für die Streiklösung stimmen werde. Eine Trennung der Abteilung 3 durch Auflösung der „Landwirtschaft“ halte er nach dem Kriege für begründet; er werde auch für den Staatskommissar bei den landwirtschaftlichen Berufsverbänden stimmen. Der Redner tritt zum Schluß ebenfalls für gegen eine direkte Reichsteuer auf und ist der Meinung, daß die in das Reich zu leistenden Beiträge für den Krieg nicht nach der Möglichkeit, sondern nach der Vermögensfähigkeit richten sollten. Auch er hob, daß auf Grund der Ausführlingsentscheidungen eine Einkünfte erzielt wird.

Abg. Ollmann (Centr.) betrachtet die Arbeit hinter der Front als kein im Vergleich zu den großen Vorkämpfungen auf den Kriegsschauplätzen, aber als nötig, denn sie stellt eine Unterstützung unserer Feinde dar. Man habe im Innern viel weniger unmittelbare Verhältnisse erhalten, als man anfänglich erwartete. Es habe sich, daß sich die wirtschaftliche Lage seit 1914 fähig verbessert habe. Das beweise auch die Anspannung der Reichseinkommen um über 20 Millionen Mark. Das war unter die Einkünfte während des Krieges. Die Feinde hätten aber nicht gänzlich aufgebracht worden und deshalb sei die Steuererhöhung notwendig. Bei Beurteilung der Art dieser Erhöhung sei bemerkenswert, daß Preußen bei deren Festsetzung die Einkommen bis 2400 Mk. freiläßt, und damit doch sich aus in weitestenden des Reiches Antrag. Ein Vortrag beschränke ich auch, daß er nur einen Teil der Steuerzahler trete und auf die Vermögensfähigkeit Bedacht nehme. Er habe auch keine individuellen, sondern nur formelle Verbesserungen dagegen gehört, und er sei auch nicht ganz einverstanden worden. Die notwendigen Vorkehrungen zu seiner Vorbereitung zu treffen. Der Widerspruch einer gleichmäßig härteren Belastung von Ein-

Abg. Ollmann (Centr.) bemerkt zunächst, er wolle die allgemeine Auffassung des Reichsanwaches über die kommende Gestaltung unserer Wirtschaftlichen Verhältnisse als in sich selbst bezeichnen. Die heftigsten Finanzengüsse hätten doch jetzt ihre Feuerprobe bestanden, wobei uns die oft behauptete Kostenlosigkeit sehr erwünscht waren. Die neue Steueranleihe beweise, daß der allgemeine Wohlstand im Lande nicht zurückgegangen sei. In Preußen sei die Lage durch die gute Wemerte sogar wesentlich günstiger geworden, man hoffe aber, daß seine neue Feuerprobe kommen werde. Die von der Regierung angeforderte Steuererhöhung habe wohl kaum jemand in Erfüllung gebracht, aber wenn Herr Dr. Bauer von einer „Steuerfreundlichkeit“ spreche, so habe er, Kähler, hiernun nichts bemerkt und es empfinde auch nicht den Tatsachen. Es sei doch auch kein belauder Kall, wenn in einem Lande hohe Steuern bezahlt werden. Die Volkswirtschaft hätten auch Rücksicht zu nehmen auf die Belastung der Steuerzahler und auf die kommenden Anforderungen durch das Reich. Eine Erhöhung der Einkommensteuer um 12 Prozent habe die mittlere Eink. einzu er höhe aus, daß man diesen Vorschlag des Finanzanwachses eine Veränderung folgen werde; der Satz von 5 Prozent Erhöhung der Vermögenssteuer erweise ebenfalls angemessen. Die Verteilung der drei unteren Stufen halte er für durchaus richtig. Über den von Abg. Ulrich geäußerten Antrag auf härtere Progression der Vermögenssteuer könne man ja nach dem Kriege einmal debattieren, denn Antrag Gericht auf Einführung einer Kriegsteuer sei zwar viel Lob erbeten, aber keine Unterstützung zuzulassen geworden. Eine Entlastung der Steuerlasten unter 2300 Mark, wie er sie vorschlägt, ist berechtigt, aber ohne Änderung des Steuergebietes nicht durchführbar. Der Finanzanwachsel habe seine Beifällige sehr genau erweisen; auch er halte die Erhöhung der Einnahme aus Holzverkauf für durchaus berechtigt. Die Sparankunft im Staatshaushalt müsse auch nach dem Kriege fortgesetzt werden, er verleihe die Geltung der Regierung nicht, die 3. B. der Zusammenlegung der beiden Darmstädter Staatsanwaltschaften, Wierbachon steht. Die Beifälligkeit, die von der Regierung jetzt als letztes letzte Schritt aufgeführt wird, habe ihn durchaus nicht überzeugen können. Beifällige des Finanzanwachses zu Art. 6 des Staatsgesetzes erklärt der Redner, daß keine Partei nach dem gestrigen Vortrage des Präsidenten Dr. Bauer für die Streiklösung stimmen werde. Eine Trennung der Abteilung 3 durch Auflösung der „Landwirtschaft“ halte er nach dem Kriege für begründet; er werde auch für den Staatskommissar bei den landwirtschaftlichen Berufsverbänden stimmen. Der Redner tritt zum Schluß ebenfalls für gegen eine direkte Reichsteuer auf und ist der Meinung, daß die in das Reich zu leistenden Beiträge für den Krieg nicht nach der Möglichkeit, sondern nach der Vermögensfähigkeit richten sollten. Auch er hob, daß auf Grund der Ausführlingsentscheidungen eine Einkünfte erzielt wird.

Armen und Vermögen sei nicht berechtigt; er wäre auch vor einer Vermögenserhöhung um 10 Prozent nicht zurückgewichen. Die geplanten Reichsteuern sollten nach des Redners Meinung eine bessere Verteilung des Reiches bringen, alle Einkünfte dagegen habe er für Reclamtionen. Wenn keine sehr bedeutende Kriegsentlastung erfolge, so müsse man mit einer Reichsleistung von 40-50 Mrd. pro Kopf der Bevölkerung rechnen. Er könne den Gehalten einer Reichsbermögens- oder Reichseinkommensteuer nicht ablehnen, er sehe nicht ein, warum das Reich nicht aus denselben Quellen leben sollte, wie die Einzelstaaten. Die Bevölkerung in Deutschland wäre zwar den Krieg, aber viel weniger als unter Frieden. Im Krieg habe sich die deutsche Güterproduktion glänzend bewährt, da das ganze Volk dafür tätig sei; daher auch die Kraft zum Durchhalten. Man habe auch erkannt, daß sich die einzelnen Haushalte gegenwärtig bewandern, und deshalb müßten sie auch die Einkünfte bewahren. Unsere Bevölkerung habe im allgemeinen noch keine Not gelitten, selbst die Reichsleute nicht, denen man eine größere Steuerfähigkeit allerdings nachsehen möchte. Auch das Gebiet der inneren Politik zeige erhebliche Fortschritte, und die Erfahrung habe gezeigt, daß ein Vaterlandsliebe feiner den anderen übertrifft. Die nötige Kritik brauche uns die Freunde am Reich und am deutschen Volk nicht zu schmähen. Das deutsche Volk bleibe immerhin in seiner Heroisität ein großartiges Volk, so daß man sich nur freuen könne, ein Deutscher zu sein. (Beifall.) Die Sitzung wird darauf um 1 Uhr abgebrochen.

Nächste Sitzung: Heute nachmittags 3 1/2 Uhr.

Nachmittags-Sitzung.

Die Regierungsbüchse wird ebenso wie am Vormittag befeuert. Präsident Köhler eröffnet die Sitzung um 3/4 Uhr. Die Beratung des Hauptvoranschlags wird fortgesetzt.

Herr v. Helldorf (Sozialdem.) führt aus, es sei selbstverständlich, daß der Krieg neue, erhöhte Anforderungen stelle. Bei Einführung dieser Mittel müßte aber vor allem darauf Bedacht genommen werden, die Steuerlasten in den unteren Klassen besonders zu schonen. Wenn man die drei unteren Klassen bis 900 Mark von der Steuer ganz befreie, so ergäbe sich eine Erhöhung von einer Million Mark und diese könnte einfach durch eine stärkere Besteuerung der höheren Steuerklassen ausgedeckt werden. Im allgemeinen sei in Sachen die Belastung des Vermögens noch recht mäßig. Im Finanzansatz sei man anfänglich der Meinung gewesen, daß eine Erhöhung der Vermögenssteuer um 10 Prozent nicht schwer ertrugbar werden würde; die „reichen Herren“ der ersten Kammer hätten sich aber dem widersetzt. Die zweite Kammer hätte aber hier keinesfalls nachgeben sollen. Der Präsident des Finanzministeriums scheine nach seinen gelassenen Äußerungen doch eine viel zu geringe Meinung von der Freigabe zu haben. Eine Erörterung der Steuerfragen in öffentlichen Versammlungen sei in dieser Lage sehr erschwert. Der Annahme jenes Antrages länden die gesetzlichen Bestimmungen vom Jahre 1899 durchaus nicht entgegen, da er aber nach der herrschenden Stimmung jetzt keine Aussicht auf Annahme habe, so werde er eventl. auch für den Antrag Herrich stimmen. Der Beschluß des Ausschusses auf eine Erhöhung der Einkommensteuer um 12 Prozent und der Vermögenssteuer um 5 Prozent gefalle ihm nicht, es sollte auf eine weitere Befreiung der unteren Klassen hingewirkt werden, besonders in größeren Städten, wie Offenbach, müßten viele von der Steuer befreit werden. Redner besagt, daß durch den großen Rückgang der Eisenbahn-Einnahmen ein harter Einfluß auf das Budget ausgeübt werde. Gerade in der unglücklichsten Wirtschaftslage setze sich, wie unglücklich die Bestimmungen des Gemeinschaftsvertrages seien. Es müsse darauf hingewirkt werden, daß die Teilungssätze auf 97.3 festgesetzt werde. Dem Antrag in Betreff der Entlastung der Reichsrentenbanken stimme auch seine Partei zu, ebenso der Einführung einer direkten Reichssteuer. Eine solche könne sehr wohl eingeführt werden, ohne daß dabei die politische Selbstständigkeit der Bundesstaaten zu leiden brauchte. Eine Einführung der Reichsbermögenssteuer würde zudem das Gute haben, daß das Ueberwiegen von Steuerpflichtigen von einem Bundesstaat in den anderen aufhören würde. Er werde sich daher der vom Ausschuss angenommenen Resolution gegen diese Reichssteuer nicht anschließen. Der Redner erklärt sich weiter gegen diejenige neue Steuerart, die auf eine Konsumbedeutung hinwirkt und er werde daher auch gegen die höhere Tabak- und Zigarettensteuer stimmen, auch gegen die höhere Tabak- und Zigarettensteuer. Die kaiserliche Regierung habe sich bisher über die Gehaltungen unterer

Verhältnisse ausgesprochen. Er betrachte z. B. das letzte Budgetverhältnis den später von der Front zurückkehrenden Familien gegenüber für ein Unrecht, ebenso die Haltung der Regierung bezüglich des Verhältnisses der Bürgermeier. Durch den Krieg sei die kleinere Frauennarbeit noch gelindert worden, zum Schaden der Familien. Der Bevölkerung des Betrages von 40000 Mrd. für Mutter- und Säuglingspflege könne er zu; es müsse aber auch der Frage der Beschäftigtenarbeiten volle Aufmerksamkeit gewidmet werden. Die Verfolgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln habe ein trübes Kapitel in unsern Tagen. Es sei eigentlich niemand damit zufrieden, besonders nicht mit der Kartoffelverfolgung. Die Preisfrage der Hochstreu sei außerordentlich schmerzhaft gewesen, man könnte sie geradezu als eine Plagie für die Spekulationen betrachten. Durch das jetzige System werde die Zurückhaltung der Lebensmittelverträge begünstigt, die in durchaus genügendem Maße vorhanden seien. Das selbe trübe Bild zeige sich auch hinsichtlich der Behandlung der Futtermittelfrage und die enorme Preissteigerung. Besonders besorgniserregend seien auch die hohen Milchpreise. In Offenbach hätten sich die Schweinefleischpreise bis auf 3 Mark erhoben und viele Metzger hätten einladend ihre Wägen hinausstellen müssen; die Schuld daran trügen hauptsächlich die Händler mit ihren Preiserebieren. Dagegen müßte ebenso behördlich eingeschritten werden, wie es in der Kartoffel- und der Getreidefrage geschehen ist. Es müsse eben mehr eine einheitliche Kriegswirtschaft durchgeführt werden. Die vom Finanzministerium vorgeschlagene Vermögenserhöhung um 200000 Mrd. für den Kriegszweck sei gerechtfertigt, den Widerspruch des Ministerialpräsidenten könne er nicht erkennen. Durch die Abstriche bei Post- und Reichsrenten sei die Winterkur ebenfalls nicht geschädigt worden. Die dafür angeforderten und getriebenen 20000 Mrd. könnten auch dem Dispositionsfonds des Reiches entnommen werden. Es sei die Frage, ob sich die neue Einrichtung auch späterhin bewähren werde. Sei dies der Fall, so würden auch überflüssig die notwendigen Mittel dafür bewilligt werden. In ungewöhnlicher Erregung über die Ausschussbeschlüsse sei also kein Grund vorhanden. Im übrigen erlaube der Redner am möglichst glatte Annahme der Ausschussbeschlüsse.

Ministerialpräsident Dr. Veeder wendet sich am Schluß der Debatte gegen verschiedene Ausführungen der Redner. Die Erhöhung der Einkünfte für Holzerlöse müsse er ablehnen, weil die Kräfte für die Holzgewinnung fehlten. Man sollte sich doch hüten, solche Schritte zu sieben durch Bergleite zu ziehen, wie er jetzt. Der Krieg könne monatelang noch das ganze Jahr hindurch dauern. Wenn Abg. Wolfen erklärte, es liege sich im vorliegenden Etat noch viele Sparnisse machen, so würde der Redner ihm dankbar sein für alle Worte, die dazu führen könnten. Die in dem Reichslande noch vorhandenen Reserven des Staates müßten geschont werden; deshalb habe die Regierung vorgezogen, den größeren Teil des Reichsbudgets durch Steuererhöhung zu decken. Dem Abgeordneten Ulrich bemerkt der Redner, er habe Unrecht, wenn er ihm eine Geringschätzung der Presse vorwerfe; er, der Redner, habe nur gesagt, daß einzelne Artikel doch nicht die öffentliche Meinung darstellen könnten. Abg. Wolfen habe zwar nichts von „Steuererleichterung“ im Lande bemerkt, aber doch erklärt, daß ihm keine Beschwerden über die Steuererhöhung vorgekommen seien. Wenn mehrere Redner sich für eine stärkere Belastung des Vermögens aussprechen, so erklärt er, daß er diese nicht für begründet halten könne. Die Bemerkung des Abg. Ulrich, daß Vermögen „nützlicher Erwerb“ sei, sei doch nur mit großer Einschränkung zu betrachten. An der Behauptung des Reiches müsse er durchaus nicht vorbeigehen; er wolle aber diese nicht dem Reich überlassen, sondern dem Lande, was schon zur Wahrung der politischen Selbstständigkeit notwendig sei. Wenn die Frage einer Erhöhung der Patrimonialbeiträge im Bundesrat zur Verhandlung komme, werde sich Redner entschieden dagegen wehren. Die Gebände der Reichsrentenbanken habe ja viel Schönes, aber auch viel Bedenkliches und sei vor allem jetzt im Krieg ganz unerschwinglich. Ebenfalls habe auch das jetzige Eisenbahnen-Gesetz gefehlt; mehr wäre auch Reichsrentenbahnen nicht möglich gewesen. Dem Abg. Ulrich gebe er doch zu bedenken, daß es mit unserer Finanzlage gerade jetzt viel unglücklicher lände, wenn wir die Eisenbahngemeinschaft mit Dresden nicht beläßen. Damit schließt die Generaldebatte und der Präsident vertagt die Weiterberatung um 1/2 Uhr.

Nächste Sitzung: Freitag früh 9 Uhr.

Wer über das gesetzlich zulässige Maß hinaus Hafer, Weizentorn, Weizenfrucht, worin sich Hafer befindet, oder Gerste verfüttert, verflücht sich am Vaterlande!

Märkte.

F. C. Frankfurt a. M., 17. März. Schlachtpferdmarkt vom 16. März. Auktions: Ochsen 00, Bullen 00, Kühe u. Kälber 18, 178 Kälber, 73 Schafe, keine Schweine. Preisnotierungen lauben nicht statt. Bei lebhaftem Handel mit schnell gekümt.

F. C. Wiesbaden, 15. März. Viehmarkt. Auktions: 4 Rinder, keine Ochsen, 2 Bullen, 2 Kühe, 86 Kälber, 2 Schafe und 16 Schweine. Der Auktions wurde schnell zu dem heute hier in Kraft getretenen Höchstpreisen abgekauft.

— Herborn, 16. März. Auf dem heute abgehaltenen 2. diesjährigen Markte wurden abgekauft 48 Stück Rindvieh und 339 Schweine. Es wurden bezahlt für Fettvieh und zwar Ochsen 1. Qualität 00-00 Mrd., 2. Qualität 00-00 Mark, Kühe und Rinder 1. Qualität 00-00 Mrd., 2. Qualität 00-00 Mark für 60 bis 120 Mrd., Kälber 125-180 Mrd. und Ferkel 200-300 Mrd. das Paar. — Der nächste Markt findet am 13. April 1916 statt.

— Gießen, 17. März. Der gestrige Viehmarkt war mit insamt 156 Tieren besetzt. Es wurden gekauft 4 Bullen, 54 Ochsen, 29 Stiere und 4 Kälber. Es kosteten Bullen 500 bis 700 Mrd., Ochsen das Paar 2000-2400 Mrd., Stiere 1200-1800 Mrd., Kühe das Stück 500-900 Mrd., Rinder 600-800 Mrd., Kälber das Stück 100-150 Mrd. Der Handel war lebhaft, auch bereits vorgelesen an der Eisenbahn, obgleich die meisten auswärtigen Händler fehlten. Der Ausfall der Zufuhr von Vieh aus Oester, Bayern und Sachsen machte sich in hohem Maße bemerkbar.

Meteorologische Beobachtungen der Station Gießen.

März	Barometer auf 0° revidiert	Temperatur der Luft	Absolute Feuchtigkeits	Relative Feuchtigkeits	Windrichtung	Windstärke	Umschlag der Windrichtung in Prozent der Höhe	Wetter
1916								
16.	7 ²⁴	13,0	8,4	75	—	—	0	Sonnenchein
16.	9 ²⁴	11,2	8,4	84	—	—	5	
17.	7 ²⁴	6,4	7,0	97	—	—	10	Rebel

Beste Temperatur am 15. bis 16. März 1916: + 15,3° C.
 Niedrigste „ „ „ 16. „ 1916: + 6,5° C.
 Niederschlag 0,0 mm.

XVIII. Armeeoberbefehlshaber
 Stellvertretendes Generalkommando.
 Nr. II o/B. Zsg. Nr. 1166.

Frankfurt (Main), 6. März 1916.
 Betr.: Anmeldung von aus dem Ausland eingeführtem Vieh.

Bekanntmachung.

Auf Grund des § 9b des Gesetzes über den Belagerungsstand wird folgendes bestimmt:

§ 3 der Verfügung des Stellv. Generalkommandos vom 10. 10. 14 Nr. 33 132 wird wie folgt abgeändert:
 3. Neben der Besatzung aus dem Auslande über die deutsche Grenze gebracht hat, hat die von ihm eingeführte Menge mit Angabe der Herkunft und Schweregenes sowie der Inspektion des Reichsamtens mitzutragen ohne Rücksicht darauf, daß die eingeführten Mengen aus von Grenzollnännern angezeigt werden.
 Die §§ 1, 2 und 4 der obengenannten Verfügung behalten ihre Gültigkeit.
 Von Seiten des Generalkommandos.
 Der Chef des Stabes:
 Dr. Graff, Generalleutnant.

Filialen in:

- Gleanna, Bahnhofstrasse 58
- Nürnberg, Fleischbrücke 3
- Flrth, Weinstrasse 2
- Erlangen, Hauptstrasse 58
- Amberg, Krambrücke C 1
- Würzburg, Markt 10
- Schweinfurt, Markt 10
- Ansbach, Leudingerstr. 6
- Felda, Mittelstrasse 6.

Springmanns Schuhwarenhaus

Unsere grosse Leistungsfähigkeit

bewährt sich auch während des Krieges.

Benutzen Sie unsere Fenster!

Probieren Sie unsere Qualitäten!

Kriegsanleihe-Ankaufstelle.

Ueber alle die neue Kriegsanleihe betreffenden Fragen wird vormittags von 11 bis 12 Uhr im Stadthaus, Gortenstr. 2, Nummer Nr. 11, Auskunft erteilt. 2119 B
Gießen, den 16. März 1916.

Der Oberbürgermeister
Keller.

Bekanntmachung.

Das Umlagekataster der land- und forstwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft von 1915 für die Gemarckung Lumba liegt vom 20. März 1916 ab 2 Wochen auf unterzeichneter Bürgermeisterei offen. Lumba, den 16. März 1916. 2114
Großherzogliche Bürgermeisterei Lumba.
Schultheiß.

Bekanntmachung.

Das Umlagekataster der land- und forstwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft für das Großherzogtum Hessen für das Jahr 1915 liegt 2 Wochen lang, nämlich vom 18. März bis zum 1. April dieses Jahres, auf der Bürgermeisterei zur Einsicht der Beteiligten offen. Etwaige Widersprüche dagegen, daß ein Betrieb in das Kataster aufgenommen oder nicht aufgenommen, sowie dagegen, wie er veranlagt ist, sind innerhalb eines Monats nach Ablauf der Offenlegungsfrist bei dem Vorstände der land- und forstwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft in Darmstadt zu erheben. Später eingehende Widersprüche können keine Berücksichtigung mehr finden. 2115
Gießhausen, 15. März 1916.
Großh. Bürgermeisterei Gießhausen.
J. B. Menz, Beigeordneter.

Bekanntmachung.

Das Umlagekataster der land- und forstwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft für das Großherzogtum Hessen für das Jahr 1915 liegt 2 Wochen lang, nämlich vom 18. März bis zum 2. April dieses Jahres, auf der Bürgermeisterei zur Einsicht der Beteiligten offen. Etwaige Widersprüche dagegen, daß ein Betrieb in das Kataster aufgenommen oder nicht aufgenommen, sowie dagegen, wie er veranlagt ist, sind innerhalb eines Monats nach Ablauf der Offenlegungsfrist bei dem Vorstände der land- und forstwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft in Darmstadt zu erheben. Später eingehende Widersprüche können keine Berücksichtigung mehr finden. 2116
Odenhausen, den 16. März 1916.
Großherzogliche Bürgermeisterei Lang.

Holzversteigerung.

Aus dem Gemeindefeld Wabach wird nachstehend verachtetes Holz am Dienstag, den 21. März cr. vormittags 9 Uhr, in der Galmersbach Friedr. 2 a 3 veräußert:

- Ditr. Taubenbütte 5a die Eichenstämme Nr. 1, 2, 3, 4, 5, 7, 17, 18, 21, 22, 24, 25, 27, 28, 34, 44, 61, 68, 70, 72, 90, 94, 95, 99, 101, 117, 138 u. 146.
- 235 Nm. Eichenstämme 4 Ditr. lang, 11 Nm. Eichenstämme 2 Ditr. lang, 2 Nm. Eichenstämme, heimliches Eichenholz in erstklassigen Bauholz, 645 Nm. Eichenstämme, 25 Nm. Eichenreiser.
- Ditr. Streichenholz 22, 21 Nm. Eichenstämme, 492 Nm. Reiser.
- Ditr. Obere und Untere Herdbeck 16a u. 15a, 209 Nm. 230 bis 241 - 275 Nadelnangen 2 St., von Nr. 241-292 - 295 Nadelnangen 3 St., 15 Nm. Nadelnangen, 175 Nm. Reiser.
- Ditr. Auf den Kopf 13a, 705 Nm. Buchenscheit und Anspülholz, 339 Nm. Buchenreiser.
- Ditr. Klein Eichenstamm 12a, 82 Nm. Buchenscheit u. Anspülholz, 200 Nm. Buchenreiser.
- Ditr. Langerloch 9a, 4 Buchenstämme 673 Nm. Anspül, 97 Nm. Buchenscheit und Anspülholz, 121 Nm. Buchenreiser.
- Ditr. Obere Herdbeck 16b, Untere Herdbeck 15b, 37 Nm. Nadelnangholz 2 Ditr. lang, 435 Nm. Nadelnangholz, 121 Nm. Nadelnangreiser, 46 Nm. lange Nadelnangreiser, 146 Nm. Nadelnangreiser (lange Dauen).
- Ditr. Döberthal, 45 Nadelnangen 2 St., 2 Nm. Ditr. 4 Ditr. lang, 100 Nm. heimliche Reiser.
- Totalität Ditr. 14, 5, 10, 6, 19, 12 u. 16, 614, 4 Stämme 283 Nm., 15 Nm. Scheit und Anspül, Nadeln 18 Nm. Nadelnang und Brennholz 29 Nm. Nadelnangreiser, 15 Nm. Nadelnangreiser.
- Ditr. Döberthal 19b, Eichenstämme 6 Nm. 2 Ditr. lang, 12 Nm. Anspül, 2 Nm. Nadelnangholz, 36 Nm. Reiser. 130915

Kroßdorf, den 13. März 1916.
Der Bürgermeister.
Stann.

Dr. Oetker's Fabrikate:

- „Backin“ (Backpulver)
- Puddingpulver
- Vanillin-Zucker
- „Gustin“ usw.

sind jetzt wieder in allen Geschäften vorrätig. Nur echt, wenn auf den Päckchen die Schutzmarke „Oetker's Hekkopf“ steht. 530 D

Dr. A. Oetker, Nahrungsmittelfabrik, Bielefeld.

Bekanntmachung.

Das Umlagekataster der land- und forstwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft für das Großherzogtum Hessen für das Jahr 1915 liegt 2 Wochen lang, nämlich vom 16. März bis zum 31. März dieses Jahres, auf der Bürgermeisterei zur Einsicht der Beteiligten offen. Etwaige Widersprüche dagegen, daß ein Betrieb in das Kataster aufgenommen oder nicht aufgenommen, sowie dagegen, wie er veranlagt ist, sind innerhalb eines Monats nach Ablauf der Offenlegungsfrist bei dem Vorstände der land- und forstwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft in Darmstadt zu erheben. Später eingehende Widersprüche können keine Berücksichtigung mehr finden. 2110
Allershausen, den 14. März 1916.
Großh. Bürgermeisterei Allershausen.
Hilfgärtner.

la. Leuchtenlampen für unsere Krieger in allen Preislagen.

la. hellste Sparbirnen, la. Dauer-Batterien

Carl Schunck, langjährig. Militärlieferant mit Kriegslieferungen für die Kriegswirtschaft.

Hänge- u. Stehlicht-Strümpfe für Gas

elektrische Birnen & U. S. W. emul. zu billigen Preisen. 138
Göhrdormann, Gienhöf.

Sämtliche

Konfirmanden-Artikel

in grösster Auswahl.

Für

Knaben Mädchen

- Kragen Hemden
- Krawatten Hosen
- Vorhemden Unterröcke
- Hüte Untertaillen
- Taschentücher Seid. Bänder
- Handschuhe Handschuhe
- Hosenträger Tüllkragen

KaufhausKatz

Bahnhofstraße 14 2111a Bahnhofstraße 14

Wein-Versteigerung

von Hauptmann a. D. und Kommerzienrat **R. AVENARIUS**

Weingutsbesitzer in Gau-Algebheim, Angenheim und Edenheim (Rheinheffen).
Mittwoch, den 29. März 1916, vormittags 11^{1/2} Uhr, im Saale des „Mainzer Hofes“ (Schmitzstraße 48) zu Bingen a. Rhein.

Zum Angebot kommen:
3/1, 7/2 Stück 1912er, 16/1, 9/2 Stück 1913er, 6/1 und 4/2 Stück 1914er Rotweine,
16/2, 2/4 Stück 1913er, 8/2, 3/4 Stück 1911er (naturl.), 18/2 und 2/4 Stück 1914er Rotweine.
Allgemeine Probezeit: In der Kellerlei des Versteigerers, gegenüber der Station Gau-Algebheim am 22., 23., 24., 25. und 27. März. Im Bingen im Versteigerungslokal am 22. März von morgens 9 Uhr ab. 18885a

Teleph. 323 **Heinr. Kredert** Plochstr. 7

Feine Massschneiderei für Damen

Feinste Ausführung! Billigste Preise!

Nähr- und Kräftigungsmittel für Schwächliche und Genesende

wie: Lecithin, Biomol., Quercitamins., Malzextract rein, Biotin, Hocielin, Ovomaltine, Hygiene, Santogen, Sountose, Haematogen

Dr. Schiller's aromatische Elementatur und Lecithin
empfehlen stets frisch

Mediz.-Drogerie zum Kreuzplatz

Kreuzplatz 9 1843a Kreuzplatz 9

Teller-Mützen
Mützen - Häubchen
für Knaben und Mädchen



in grösster Auswahl bei

A. Salomon & Cie., Schulstraße

Der Wägenäh- u. Handarbeitsunterricht

findet vor- und nachmittags statt.

Auskunft und Anmeldungen jederzeit.

15061 **W. Bräuning, Kaiser-Allee 8.**

Ämtliche Bekanntmachungen der Stadt Gießen.

Betr.: Einweisung, Ablieferung und Einziehung der Gegenstände aus Kupfer, Messing und Zinn. Am Anschlag an meine Bekanntmachung vom 20. Januar 1916 werde ich nochmals darauf hin, daß die Ablieferung der Gegenstände aus Kupfer, Messing und Zinnmischmetall zu der in der Einweisungsanordnung angegebenen Zeit zu erfolgen hat. Etwaige Gegenstände, die die beschlagnahmten Gegenstände an den ihnen bestimmten Tagen bis jetzt nicht abgeliefert haben, können bis 29. März 1916 bei der Metallammelstelle der Oberrealschule, Bismarckstr. 10, zur Ablieferung bringen. Die Metallammelstelle ist jeden Mittwoch und Samstag von 9-12 Uhr vormittags und 3-6 Uhr nachmittags geöffnet. Weiter Ablieferungstermin ist der 29. März.

Es liegt im eigenen Interesse der Eigentümer, die Ablieferung nicht auf die letzten Tage zu verschieben, da dann vorwiegend der Andrang sehr stark sein wird.

Wird ein Teil der Ablieferung erst nach der Einweisung auf Seiten des Eigentümers durchgeführt, so können der Vollzugsvollziehung werden von den zur Auszahlung kommenden Beträgen in Abzug gebracht. Zusatzebedingungen seien die Bestimmungen, insbesondere die Ablieferung innerhalb der gezeigten Frist werden nach § 6 der Bundesratsverordnung vom 24. Juni 1915 über die Sicherstellung von Kriegsgeldern mit Gegenständen bis zu 1 Jahr oder mit Geldbeträgen bis zu 10 000 Mark befristet. 2113 B
Gießen, den 14. März 1916.
Der Bürgermeister.
Keller.

Konfirmanden-Kleider

in allen Preislagen.

J. Pfeffer, Marktplatz 6.